



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397

Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 26.11.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 3. Dezember 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 05.11.2025
2. Kultur mittendrin; Soziale Teilhabe durch Ticketspenden

Präsentation Der Paritätische

3. 25-F-22-0110

Verbesserung der optischen Wahrnehmbarkeit von Treppenstufen im öffentlichen Raum
-Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 26.11.2025-

Menschen mit Sehbehinderungen oder Einschränkungen im räumlichen Sehen sind im
öffentlichen Raum in besonderer Weise auf klare Orientierung angewiesen. Treppenanlagen

ohne ausreichende optische Markierung bergen für diese Personengruppe ein erhöhtes Unfallrisiko. Im Innenstadtbereich Wiesbadens existieren zahlreiche solcher Treppenanlagen. Der Magistratsbericht (zum Antrag 22-F-69-0072) zeigt, dass Markierungen nur in wenigen Einzelfällen vorgesehen sind und ein generelles Nachrüsten mehrheitlich nicht empfohlen wird. Aus Sicht der Barrierefreiheit und Sicherheit im öffentlichen Raum besteht hier jedoch klarer Handlungsbedarf.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. an allen in dem Bericht zum Antrag 22-F-69-0072 genannten Treppenanlagen im Innenstadtbereich optische Aufmerksamkeitsstreifen anzubringen, sofern dies rechtlich und denkmalrechtlich zulässig ist.
2. dass die Markierungen regelmäßig kontrolliert und bei Bedarf erneuert werden. Eine solche Kontrolle sollte - angesichts der Größe der Stadtverwaltung - durch organisatorische Abstimmung („Amtshilfe“) zwischen den zuständigen Ämtern ohne wesentlichen Mehraufwand möglich sein.
3. sobald weitere Treppenanlagen oder einzelne Stufen im öffentlichen Raum identifiziert werden, bei denen vergleichbare Probleme bestehen, auch diese mit entsprechenden optischen Markierungen zu versehen.
4. bei der Planung und Errichtung neuer Treppenanlagen im öffentlichen Raum Aufmerksamkeitsstreifen grundsätzlich bereits im Bau- und Gestaltungsprozess verbindlich zu berücksichtigen.

4. 25-F-63-0083

Mehr Sichtbarkeit für die Angebote von Tagesmüttern und -vätern
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 12.11.2025-

Betreuungsplätze bei Tagesmüttern und -vätern sind für die Betreuung der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren unerlässlich für das städtische Betreuungsangebot. Und auch wenn es mittlerweile eine Anbindung an Wikita gibt und durch die Eltern - Informationsveranstaltungen im Treffpunkt Kindertagespflege gute Formate geschaffen wurden um über diese Betreuungsalternative zu informieren, scheitert man doch recht schnell bei der eigenen Online-Suche nach Kindertagespflegepersonen.

Um die Auffindbarkeit zu erleichtern und die Sichtbarkeit zu erhöhen, erachten wir es als sinnvoll und nötig, wenn die LHW zur Unterstützung der selbstständig tätigen Kindertagespflegepersonen eine Aufstellung zum Beispiel auf Wiesbaden.de bereitstellen würde.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) eine Auflistung zu erstellen und zu pflegen mit den in Wiesbaden selbstständigen Kindertagespflegepersonen. Diese Liste sollte die gängigsten Kontaktdaten, Betreuungszeiten, den Stadtteil und wenn vorhanden, auch die Homepage der einzelnen Kindertagespflegepersonen aufführen.
- 2) zu berichten, ob die selbstständigen Kindertagespflegepersonen bereits in Wikita aufgeführt werden und wenn nicht, dieses nachzuholen.
- 3) um die Auffindbarkeit der Kindertagespflegepersonen zu erhöhen und damit Online suchende Eltern einfach und unkompliziert die Möglichkeiten haben, sich einen Überblick zu verschaffen, diese Liste auf wiesbaden.de zur Verfügung zu stellen.

- 4) die im Geoportal hinterlegte Karte um die Standorte der Krippen und der Kindertagespflegepersonen zu erweitern und damit die Sichtbarkeit zu erhöhen und bessere Such- und Auffindbarkeit zu ermöglichen.

5. 25-F-63-0084

Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.11.2025-

Demokratie, Vielfalt und die Würde aller Menschen zu schützen, ist eine dauerhafte Aufgabe. In Wiesbaden engagieren sich viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Initiativen und Einzelpersonen in diesem Bereich. Damit diese Arbeit wirksam und nachhaltig gelingen kann, braucht es verlässliche Strukturen, politische Unterstützung und gute Rahmenbedingungen.

Ein Bericht soll Klarheit darüber schaffen, welche Maßnahmen die Stadt bisher ergriffen hat, welche Akteur*innen aktiv sind und wie sich die Förderlandschaft darstellt.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) welche Maßnahmen, Programme und Projekte die Landeshauptstadt Wiesbaden seit 2022 zur Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie sowie zur Bekämpfung von Diskriminierung, Antisemitismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ergriffen hat, insbesondere:
 - a. durch eigene städtische Maßnahmen,
 - b. durch institutionelle Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen,
 - c. durch Mitarbeit in Landes- und Bundesprogrammen (z. B. „Demokratie leben!“, WIR-Programm),
 - d. durch Projekte, Veranstaltungen oder Bildungsangebote (inkl. Schulen, Jugendhilfe, Kultur usw.).
- 2) welche Strukturen und Anlaufstellen es in Wiesbaden derzeit gibt, die:
 - a. Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung und rechter Gewalt anbieten,
 - b. kommunale Präventionsarbeit leisten,
 - c. Betroffene empowern oder sich gezielt an bestimmte Zielgruppen richten (z. B. jüdische Community, BIPOC, queere Menschen, Geflüchtete),
 - d. die Förderung zivilgesellschaftlicher Netzwerke unterstützen.
- 3) welche Mittel aus dem städtischen Haushalt in den Jahren 2022-2025 jeweils in die genannten Bereiche geflossen sind (gegliedert nach Jahr und Maßnahme/Förderempfänger*in).

6. 25-F-63-0085

Verbesserung der Unterbringung im Männerwohnheim der Heilsarmee mittels Einzel- und Zweibettzimmern im Altbau

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 19.11.2025-

Das Frauenwohnheim der Heilsarmee in Wiesbaden bietet bereits überwiegend kleine Zimmer (1-2 Betten). Dagegen ist die Zimmerstruktur im Altbau des Männerwohnheims öffentlich nicht detailliert ausgewiesen; bekannt sind die Bereiche und Kapazitäten (Durchgangsbereich mit 80 Schlafplätzen; Wohnbereich mit 130 Bewohnern). Zeitgleich stehen seit März 2023 zwei Neubauten mit insgesamt 56 zusätzlichen Plätzen zur Verfügung, deren Zimmer standardmäßig als Doppelzimmer (inkl. barrierefreier Einheiten und Sonderzimmer) mit angeschlossenen

Sanitärbereichen ausgeführt wurden. Diese Erfahrungen zeigen, dass kleinere Einheiten betriebspraktisch umsetzbar sind und positive Effekte auf Privatsphäre, Hygiene, Deeskalation und Nachbehandlung (z. B. nach Krankenhausaufenthalten) haben.

Mit Blick auf Gesundheitsschutz und Schutzbedarfe (u. a. bei vulnerablen Männern, bei psychischen Belastungen, in Infektionslagen) soll daher geprüft werden, ob und wie auch im Altbau schrittweise kleinere Zimmerzuschnitte realisierbar sind - z. B. Pilotweise auf einer Etage/Teilbereich durch Reduzierung der Belegung, bauliche Abtrennungen, Möblierungs-/Stauraumlösungen und konsequente Sanitärnähe. Dabei sind Denkmalschutz und Brandschutz ebenso zu berücksichtigen wie die Wirtschaftlichkeit (Investition/Betrieb) und Auswirkungen auf die Platzkapazität. Eine tragfähige Lösung verbessert Wohnen, Stabilisierung und Anschlussfähigkeit der Bewohner, ohne die Versorgungskapazität unnötig zu gefährden.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) gemeinsam mit der Heilsarmee eine stufenweise Umstellung von Mehrbett- auf kleinere Zimmerzuschnitte (z.B. 1-2 Betten) im Altbau des Männerwohnheims (Schwarzenbergstraße 7) zu prüfen und hierzu
 - a. die baulichen, denkmalschutzrechtlichen und brandschutztechnischen Voraussetzungen zu klären,
 - b. die betrieblichen Auswirkungen (Personal, Abläufe, Sicherheit) darzustellen,
 - c. die sozialfachlichen Effekte (Gesundheit/Infektionsschutz, Schutzbedürftigkeit, Therapie-/Nachsorgefähigkeit, Deeskalation) zu bewerten,
 - d. eine grobe Kosten- und Finanzierungsübersicht (städtische/investive Mittel, Förderprogramme, Drittmittel, Eigenanteil Träger) vorzulegen sowie
 - e. einen zeitlichen Umsetzungsplan vorzulegen.
- 2) Der Magistrat berichtet dem Sozialausschuss mit einer Vorlage, die Varianten (inkl. Nullvariante), Kosten, Nutzen und Risiken vergleichend bewertet und eine begründete Vorzugsvariante samt Umsetzungsvorschlag unterbreitet.
- 3) Sofern die Prüfung positiv ausfällt, sind im Rahmen der Haushaltsberatungen die erforderlichen Planungs- und ggf. Bau-/Ausstattungsmittel zu veranschlagen und - sofern möglich - externe Fördermittel zu akquirieren.

7. 25-F-63-0087

Lerncafé/Jugendcafé

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.11.2025-

Auf der diesjährigen Jugendkonferenz wurden gleich zwei Projekte zum Thema Lerncafé bzw. Jugendcafé in Wiesbaden vorgestellt. Diese Ideen greifen einen realen Bedarf junger Menschen auf: Wir wollen gemeinsam mit ihnen mehr „Dritten Orte“ schaffen - also offene, nicht-kommerzielle Treffpunkte außerhalb von Schule und Zuhause, die insbesondere in den Wintermonaten Aufenthaltsqualität bieten.

Zwar existieren bereits Bibliotheken und Jugendzentren als Lern- und Begegnungsorte, doch gelten dort häufig Regeln, die für ein Café unpassend sind, oder sie schließen bereits am frühen Abend. Zudem bieten sie nicht die gemütliche und inspirierende Atmosphäre eines Cafés, in dem man sich austauschen, gemeinsam lernen und dabei beispielsweise ein trendiges Heißgetränk genießen oder inspirierende Lofi-Tracks hören kann.

Besonders hervorzuheben ist, dass sich bereits eine engagierte Gruppe Jugendlicher gefunden hat, die ein solches Café eigenständig und ehrenamtlich betreiben möchte. Diese Form der Selbstorganisation zeigt eindrucksvoll, dass Jugendliche selbst am besten wissen, welche Bedingungen sie zum Lernen und Wohlfühlen benötigen. Gleichzeitig ermöglicht das von Jugendlichen getragene Konzept eine flexiblere Gestaltung von Öffnungszeiten und Angeboten.

Das Projekt Study Wiesbaden möchte diesen Bedarf aufgreifen und ein Lerncafé/Jugendcafé schaffen, das gemeinsames Lernen, Austausch und gegenseitige Motivation in einer offenen, jugendgerechten Umgebung ermöglicht. In Kooperation mit Partner:innen aus der Stadtgesellschaft soll so ein nachhaltiger Lern- und Begegnungsort entstehen, der langfristig in die städtischen Jugendstrukturen eingebunden werden kann.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten inwieweit bereits Kontakt zu den Jugendlichen des Projekts Study Wiesbaden sowie des Jugendcafé Projekts und weiteren interessierten Jugendlichen im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Lerncafés/Jugendcafés aufgenommen wurde;
2. gemeinsam mit den Jugendlichen, insbesondere den Initiator:innen des auf der Jugendkonferenz entwickelten Projekts Study Wiesbaden sowie weiteren interessierten Jugendlichen - mögliche Standorte für ein Lerncafé/Jugendcafé (z. B. Jungbrunnen, Kulturpalast, JIZ, ein innenstadtnahes Jugendzentrum, Moja in der Innenstadt oder die Mauritius-Mediathek) zu prüfen;
3. gemeinsam mit den Jugendlichen ein Konzept zur Umsetzung eines Lerncafés/Jugendcafés zu entwickeln, das eine lernfreundliche, offene Atmosphäre schafft, Schüler:innen gegenseitig motiviert, Austausch ermöglicht und günstige Verpflegung bietet; hierbei können, je nach Bedarf und Wunsch der Organisator:innen, erfahrene Jugendorganisationen (z. B. Kreativfabrik oder KANA) sowie weitere Institutionen wie das Freiwilligenzentrum (FWZ) eingebunden werden;
4. zu prüfen, inwieweit eine langfristige Einbindung des Lerncafés/Jugendcafés in bestehende Strukturen der Stadt, etwa den Stadtjugendring (SJR) oder ein städtisches Jugendzentrum, sinnvoll und im Sinne der Jugendlichen ist.

8. 25-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

Bericht „Schließung von Beratungsangeboten der Regionalen Diakonie“

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

Die Beratungsunterlagen zu TOP 1 und TOP 2 stehen im politischen Informationssystem zur Verfügung:

1. **25-F-63-0038**

Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern- und Jugendlichen stärken

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.06.2025; Bericht Dezernat VI vom 3. November 2025 -

2. **25-V-06-0006**

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2025

3. **25-V-50-0009**

DL 27/25-5

Geschäftsbericht SGB XII 2024 - Materielle Leistungen und Gesundheits- und Fürsorgeberatung

4. **25-V-51-0033**

DL 28/25-9

Nachwahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses (JHA)

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender